

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
17. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
12.05.2011**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 12.05.2011

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Informationen über Konzessionen
2. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 24.03.2011
3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung
 - 3.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 16.09.2010 aus öffentlicher Sitzung
 - 3.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 04.11.2010 aus öffentlicher Sitzung (13. Ratssitzung)
4. Kreisweite Schulentwicklungsplanung, hier: Inklusion Comenius-Schule
5. Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg vom 02.12.2010
6. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
7. Neuwahl / Wiederwahl eines Schiedsmannes
8. 42. Änderung des Flächennutzungsplanes Einkaufszentrum Am Wasserturm
hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
9. 43. Änderung des Flächennutzungsplanes
hier: Berichtigung des Flächennutzungsplanes gem. § 13 a Abs. 2 BauGB im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 106 St. Rochus
10. Bebauungsplan Nr. 67 - Fidelisstraße-Süd - 4. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

11. Bebauungsplan Nr. 111 - Kirchenweg II -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
 12. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 24.03.2011 betr. Besetzung der Ausschüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg
 13. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 25.04.2011 betr. Nutzung von leer stehenden Geschäftsräumen zur Ausstellung von Kunstwerken
 14. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.04.2011 betr. Einrichtung eines Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg
 15. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 27.04.2011 betr. Einrichtung "Artist-in-Residence" im Schloss Zweibrüggen
 16. Erweiterungen zur Tagesordnung
 17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 18. Einwohnerfragestunde
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
19. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus nichtöffentlicher Sitzung
 - 19.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 16.09.2010 aus nichtöffentlicher Sitzung
 - 19.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 04.11.2010 aus nichtöffentlicher Sitzung (12. Ratssitzung)
 - 19.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 04.11.2010 aus nichtöffentlicher Sitzung (13. Ratssitzung)
 20. Personalangelegenheit
 - 20.1 Beschäftigung eines Beamten über die Altersgrenze hinaus
 21. Vertragsangelegenheiten
 - 21.1 Übernahme der Waschkaue
 22. Erweiterungen zur Tagesordnung
 23. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 23.1 Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg vom 02.12.2010
hier: Bewerberliste mit persönl. Daten

- 23.2** Neuwahl / Wiederwahl eines Schiedsmannes
hier: Bewerbungsunterlagen zum TOP der öffentlichen Sitzung
- 23.3** Bebauungsplan Nr. 111 - Kirchenweg II -
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Frau Bärbel Bartel	SPD	
Herr Franz Bergstein	UWG	
Herr Rudolf Burbaum	SPD	
Herr Thomas Dieckmann	UWG	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Walter Junker	CDU	
Frau Norma Kuhlmeier	SPD	
Herr René Langa	CDU	
Herr Herbert Mlaker	SPD	
Herr Manfred J. Offermanns	parteilos	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung (20.05 Uhr) bis Ende TOP 1 (18.50 Uhr)
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Winand Ruland	CDU	
Herr Hüseyin Salin	SPD	
Herr Dieter Sarasa	UWG	ab 17.55 Uhr (gekommen während TOP 1)
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP	
Herr Jörg Ulrich	CDU	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Abwesende

Herr Wolfgang Bien UWG

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzert

Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Verwaltungsangestellter Volkhart Dörr

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 2 Anfragen und am Ende der nichtöffentlichen Sitzung 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Informationen über Konzessionen**

Bürgermeister Jungnitsch begrüßte Herrn Dr. Voigtländer und Herrn Hüniger und übergab ihnen das Wort.

Bezüglich des Vortrages der Herren Voigtländer und Hüniger wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass es sich hier um eine sehr komplexe Angelegenheit handele. Deshalb würde sie gerne wissen, ob es möglich sei, dass die Firma Bird & Bird vor Abschluss eines Konzessionsvertrages diesen prüfen könne.

Herr Dr. Voigtländer sagte, dies sei möglich.

Stadtverordneter **Walther** erklärte, es sei die Nichtigkeit von Konzessionsverträgen erwähnt worden. Er würde gerne wissen, wie in einem solchen Fall die Rückabwicklung aussehen würde.

Herr Dr. Voigtländer antwortete, dass man in einem solchen Fall zunächst ohne Vertrag dastehen würde, da der alte Konzessionsvertrag auch nicht mehr bestehe. Eine Rückabwicklung bei einem nichtigen Konzessionsvertrag sei sehr problematisch, daher könne er nur raten, eine Unwirksamkeit von Konzessionsverträgen im Vorfeld zu vermeiden.

Stadtverordnete **Weinhold** fragte, was man unter „diskriminierungsfrei“ in Bezug auf das Auswahlverfahren verstehe.

Herr Dr. Voigtländer antwortete, zum Beispiel dürften keine unterschiedlichen Nachbesserungs- oder Abgabefristen eingeräumt werden.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, ob beeinflussbar sei, woher der Strom komme.

Herr Hüniger antwortete, auf den Lieferanten habe man an dieser Stelle keinen Einfluss.

Herr Dr. Voigtländer ergänzte, es gehe bei dem Abschluss eines Konzessionsvertrages ausschließlich darum, wer die Wegenetze nutzen darf.

Stadtverordneter **Dieckmann** fragte, wie die angesprochene 10%ige Rabattierung in der Praxis aussehe.

Herr Hüniger antwortete, dies beziehe sich auf das Netzentgelt; nicht der Strom werde dadurch preiswerter.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion habe zusammen mit der CDU-Fraktion und der FDP vor längerer Zeit einen Antrag bezüglich Photovoltaik auf städtischen Flächen gestellt. Hierzu gebe es noch keine Prüfergebnisse seitens der Verwaltung. Vielleicht könne man hier die Kooperationsgesellschaft GREEN einbinden. Sie würde gerne wissen, wie hoch die Kosten hierfür wären.

Herr Dr. Voigtländer antwortete, in einem ersten Schritt biete GREEN eine umfassende Information an. In Bezug auf die Kosten sei abzuklären, ob es Interessenten gebe, die die Dächer für die Energieerzeugung pachten würden. Dann kämen keine Kosten auf die Stadt zu, sondern sie erhalte einen Pachtzins. Der Investor würde die Umsetzungskosten tragen. Kosten für die Stadt entstünden nur, wenn sie die Errichtung von Photovoltaikanlagen selber realisieren würde.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, die Stadt habe bereits 2008 eine Photovoltaikanlage selber in Betrieb genommen. Ihm gehe es bei der ganzen Angelegenheit um die Wirtschaftlichkeit. Ist eine Verpachtung der Dachflächen auf Dauer tatsächlich wirtschaftlicher als das eigene Betreiben von Photovoltaikanlagen? Dies sei maßgebend, um entscheiden zu können, welchen Weg man gehen wolle.

Herr Dr. Voigtländer erklärte, 2008 habe es noch ganz andere Vergütungssätze für die Einspeisung von Strom gegeben und die bereits errichtete Anlage habe einen relativ kleinen Umfang.

Für die eigene Umsetzung eines größeren Projektes sei viel Wissen und Können erforderlich auch in Bezug auf die spätere Instandhaltung, Instandsetzung und Betreuung. Wenn diese Voraussetzungen gegeben seien, sehe er hier kein zwingendes Hindernis, das Vorhaben selber zu realisieren. Man müsse jedoch bedenken, dass man bei dieser Alternative erst einmal in Vorleistung treten müsse, während man bei der Verpachtung der Dachflächen von Beginn an Einnahmen erziele.

Stadtverordneter **Junker** bedankte sich für diese Darstellung. Hierdurch sei doch nun klar geworden, dass man die Anlagen nur selbst betreiben könne, wenn man die entsprechenden Haushaltsmittel dafür habe.

Stadtverordnete **Gillen** fragte nach dem zeitlichen Ablauf für solch ein Projekt, insbesondere wegen der bevorstehenden Änderung der Einspeisevergütungssätze.

Herr Dr. Voigtländer antwortete, die Änderung der Einspeisevergütungssätze zum 01.01.2012 sei zunächst einmal sicher.

Bei der Umsetzung eines solchen Projektes sei die Zeitschiene das Maßgebende. Das zu beachtende Bauordnungs- und Planungsrecht sei am zeitintensivsten. Als Zeitrahmen könne man von ca. 3 bis 6 Monaten ausgehen, wenn man sich intensiv um die Umsetzung kümmere und keine besonderen planungs- und baurechtlichen Zeiten hinzukämen.

Stadtverordneter **Junker** erklärte, er wolle seine Frage konkretisieren: welche Chancen habe die Stadt, eine Photovoltaikanlage selber zu betreiben ohne genehmigtes HSK?

Herr Hüniger antwortete, er habe als Wirtschaftsprüfer nur wenig Erfahrung mit kommunalen Haushalten, halte dies aber für eine große Herausforderung.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, sowohl als kommunaler als auch als privater Investor müsse man das Projekt vollständig durchrechnen. Käme man zu dem Ergebnis, das eigene Betreiben sei wirtschaftlicher und man könne hiervon die Kommunalaufsicht überzeugen, glaube er nicht, dass diese das Vorhaben ablehnen würde.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, wichtig und maßgebend sei eine vernünftige Wirtschaftlichkeitsberechnung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle nur nicht, dass der private Investor hier einen Gewinn erzielen könnte, der ebenso von der Stadt erzielt werden könnte. Deswegen wolle er diese Angelegenheit genau geprüft wissen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bedankte sich **Bürgermeister Jungnitsch** bei den Herren Voigtländer und Hüniger für den hochinteressanten Vortrag. Man habe heute noch einmal deutlich vor Augen geführt bekommen, wie komplex das Thema Konzessionen und wie wichtig eine Fehlervermeidung durch fachliche Begleitung sei.

Bürgermeister Jungnitsch schloss diesen Tagesordnungspunkt und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

2. **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 24.03.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 24.03.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung

3.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 16.09.2010 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 16.09.2010 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 04.11.2010 aus öffentlicher Sitzung (13. Ratssitzung)

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 04.11.2010 aus öffentlicher Sitzung (13. Ratssitzung) wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

4. Kreisweite Schulentwicklungsplanung, hier: Inklusion Comenius-Schule

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass die Beschlussempfehlung im Ausschuss für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration sowie im Haupt- und Finanzausschuss geändert wurde.

Schriffthführerin **Schade** verlas die geänderte Beschlussempfehlung:

"Ab dem Schuljahr 2011/12 wird in dem Gebäude der Comenius-Schule in der Primarstufe keine Eingangsklasse mehr gebildet.

In Abstimmung mit dem Schulamt des Kreises Heinsberg werden die Primarstufenschüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der GGS Boscheln – soweit die personellen, sächlichen und räumlichen Verhältnisse dies zulassen und unter dem Zustimmungsvorbehalt der Bezirksregierung – eingeschult."

Beschluss:

Ab dem Schuljahr 2011/12 wird in dem Gebäude der Comenius-Schule in der Primarstufe keine Eingangsklasse mehr gebildet.

In Abstimmung mit dem Schulamt des Kreises Heinsberg werden die Primarstufenschüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der GGS Boscheln – soweit die personellen, sächlichen und räumlichen Verhältnisse dies zulassen und unter dem Zustimmungsvorbehalt der Bezirksregierung – eingeschult.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg vom 02.12.2010

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass in der Haupt- und Finanzausschusssitzung die Bewerberliste um Herrn Artur Wörthmann ergänzt wurde und stellte diese geänderte Liste zur Abstimmung.

Beschluss:

Gemäß § 4 Abs. 1 der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat werden vom Rat der Stadt Übach-Palenberg für die Dauer der Kommunalwahlperiode 2009-2014 die nachfolgenden Personen berufen:

Name	Vorname
Beisecker	Annette
Heuser	Christa
Weinmann	Wilfried
Mais	Sigrid
Bartholomes	Eleonore
Lührs	Hedwig
Steimer	Klara
Schindler	Gerd
Kolbe	Katharina
Peters	Astrid
Massing	Heinz-Dieter
Massing-Barth	Ingrid
Bergstein	Wilhelm
Engel	Elisabeth-Hedwig
Rode	Friedhelm
Thelen	Gertrud
Rosewick	Monika
Maaß	Udo
Wörthmann	Artur

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Beschluss:

Die beiliegende Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird be-

schlossen (die Verordnung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. Neuwahl / Wiederwahl eines Schiedsmannes

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion schlage die Wiederwahl der Herren Müller und Cybulski vor.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion habe eigentlich Herrn Heidenreich favorisiert. Da aber Herr Mallmann seine Bewerbung zurückgezogen habe und die Herren Müller und Cybulski sich gemeinsam beworben haben, werde man deswegen heute anders abstimmen.

Stadtverordneter **Overländer** teilte mit, dass die SPD-Fraktion Herrn Heidenreich als Schiedsmann und Herrn Cybulski als stellvertretenden Schiedsmann vorschlage.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen schlage die Wiederwahl der Herren Müller und Cybulski vor.

Beschluss:

1. Für den Schiedsamsbezirk II wird Herr Gerrit Heidenreich zum Schiedsmann gewählt.
2. Für den Schiedsamsbezirk II wird Herr Erwin Müller zum Schiedsmann wiedergewählt.
3. Für den Schiedsamsbezirk II wird Herr Helmut Cybulski zum stellvertretenden Schiedsmann wiedergewählt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: 11 Ja-Stimmen
19 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

zu 2: 19 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

zu 3: Einstimmig

8. **42. Änderung des Flächennutzungsplanes Einkaufszentrum Am Wasserturm**
hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion habe sich sowohl in den Fachausschüssen als auch im Haupt- und Finanzausschuss der Stimme enthalten, da ihr für eine Entscheidung wesentliche Informationen fehlten. Zum einen wolle er in dem Zusammenhang kritisieren, dass es, obwohl eine Fraktion noch Beratungsbedarf hatte, kein Einvernehmen darüber gegeben habe, die Entscheidung in den Rat zu verschieben. Zum anderen wolle er anmerken, dass das Gutachten erklärungsbedürftig sei und von Herrn Dr. Kummer hätte vorgestellt werden müssen. Das bisherige Verfahren in den Ausschüssen halte er für stilllos. Zum Zeitpunkt der Ausschusssitzungen habe das Gutachten, datiert vom 10.05.2011, noch nicht einmal vorgelegen. Erst gestern Abend habe man es erhalten, so dass man wenig Zeit hatte, sich hiermit inhaltlich auseinanderzusetzen. Im Haupt- und Finanzausschuss sei gesagt worden, die Eckdaten liegen ja vor. Seiner Meinung nach müsse das Gutachten nicht nur gelesen, sondern auch offiziell vorgestellt werden. Somit beantrage die SPD-Fraktion, dies nachzuholen und das Gutachten in der nächsten Ratssitzung von Herrn Dr. Kummer vorstellen und erläutern zu lassen.

Weiterhin erklärte Stadtverordneter **Weißborn**, es sei geplant gewesen, die Änderung des Flächennutzungsplanes und den Aufstellungsbeschluss juristisch begleiten zu lassen. Er würde gerne wissen, welches Büro das Verfahren begleitet habe und ob man aufgrund dessen auch davon ausgehen könne, dass man eventuellen juristischen Auseinandersetzungen gelassen entgegensehen könne.

Weiterhin würde er gerne die Meinung der Verwaltung hören, welche Probleme sie speziell für das Nebenzentrum Palenberg sehe.

Laut der Formulierung im Gutachten sei ein Vollsortimenter mit einer Größe von 1.600 qm sowie eines separaten Getränkemarktes mit einer Verkaufsfläche von 600 qm als verträglich anzusehen. Was wäre, wenn dies für REWE unzureichend sei und sich somit hier ein anderer Vollsortimenter ansiedeln würde? Was wäre dann mit der Betreibergarantie für den REWE-Markt in Palenberg?

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion gehe davon aus, dass das Gutachten Bestandteil des Flächennutzungsplanes sei. Ihrer Meinung nach sollte es aber auch den Werbegemeinschaften zugänglich gemacht werden. Die SPD-Fraktion stelle daher folgenden weiteren Antrag:

„Wir beantragen deshalb, das Gutachten sowie den Flächennutzungsplan den Werbegemeinschaften und anderen interessierten Einzelhändlern in unserer Stadt durch Dr. Kummer und durch die Verwaltung erläutern zu lassen. Das dies selbstverständlich noch vor Ablauf der Einspruchsfrist erfolgen muss halten wir für selbstverständlich. Eine ausführliche Erläuterung durch den Gutachter halten wir schon deshalb für erforderlich, damit sich die Einzelhändler frühzeitig mit veränderten Rahmenbedingungen auseinandersetzen und sich gegebenenfalls auch darauf einstellen können.“

Weiterhin erklärte Stadtverordneter **Weißborn**, im Gutachten heiße es, von niederländischer Seite gehe eine große Kaufkraft aus. Er würde gerne wissen, warum in der Vergangenheit hierzu keine Zählung stattgefunden habe. Dies wäre doch durch die Abfrage von Postleitzahlen an der Kasse zum Beispiel relativ einfach durchzuführen gewesen und man hätte konkrete Zahlen vorliegen gehabt. Die Nachbargemeinden werden von dem geplanten Einkaufszentrum nicht erfreut sein, da sie einen Abfluss ihrer Einkäufer befürchten und werden daher versuchen, sich gegen das Einkaufszentrum zu wehren.

Die SPD-Fraktion werde trotz allem der Flächennutzungsplanänderung heute zustimmen, damit keine Verzögerung eintrete. Er bitte jedoch, künftig sorgfältiger mit der gesamten Angelegenheit umzugehen.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, auch sie hätte sich gewünscht, dass das Gutachten früher vorgelegen hätte. So sei kaum Zeit gewesen, sich hiermit zu beschäftigen oder sich hierzu zu besprechen. Aber auch sie wolle, dass es nun weitergeht. Die Anträge der SPD werde sie aber ebenfalls unterstützen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er freue sich zu hören, dass sowohl die SPD-Fraktion als auch die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen heute der Flächennutzungsplanänderung zustimmen werden. Auch er habe das Gutachten nur flüchtig lesen können und natürlich gebe es noch Klärungsbedarf. Wichtig sei aber, dass keine Verzögerung eintrete und über den Grundsatz der Flächennutzungsplanung sei man sich doch einig. Feinheiten könne man anschließend diskutieren.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, beim Flächennutzungsplan gehe es darum frühzeitig Rechtssicherheit zu schaffen, also sei bereits hier Sorgfalt notwendig.

Dezernent **Gatzen** erklärte, es gehe heute ausschließlich um den Flächennutzungsplan. Er hätte die Sitzungsvorlage hierzu auch ohne die Anlagen vorlegen können, da dies alles erst noch Thema werde. Bisher habe man die Werbegemeinschaften immer mit eingebunden und man habe auch nicht vor, dies zu ändern.

Die juristische Begleitung erfolge wie geplant durch einen von der ITG bestellten Fachanwalt. Die Kosten hierfür werden von der ITG getragen.

Die niederländischen Einkäufer spielen bei der rechtlichen Zulassung leider keine Rolle. Somit habe man hier auf eine Zählung verzichten können. Der REWE-Markt in Palenberg sei generell das Sorgenkind. Keiner wolle, dass das Geschäft schließen muss. Die ITG gehe sogar so weit, dass sie eine Betreibergewährleistung geben werde mit dem zusätzlichen Vorhaben, dieses Geschäft so aufzuwerten, dass auch nach der eingeräumten 5jahres-Frist ein Bestehen des Geschäftes möglich ist.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, die Frage sei eine andere gewesen. Nämlich was wäre, wenn REWE aufgrund der Festlegungen abspringe und sich die ITG somit einen neuen Mieter suchen müsste. Eine Gewährleistung für

das Geschäft in Palenberg sei doch nur dann möglich, wenn REWE der Mieter sein werde.

Dass die niederländischen Käufer rein rechtlich keine Rolle spielen, sei klar. Aber als Argument bei einem möglichen Rechtsstreit wären die Zahlen hilfreich.

Stadtverordneter **Dr. Tuchtenhagen** erklärte, seiner Meinung nach müsse man das Vorhaben nun beschleunigen. Zum Antrag der SPD-Fraktion vertrete er die Meinung, der Vortrag des Herrn Dr. Kummer im Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing als zuständigen Fachausschuss sei ausreichend, da hier jeder Interessierte teilnehmen könnte.

Beschluss:

Das Gutachten wird von Herrn Dr. Kummer in der kommenden Ratssitzung vorgestellt und erläutert.

Abstimmungsergebnis:

2 Nein-Stimmen

29 Ja-Stimmen

Zum zweiten Antrag der SPD-Fraktion machte Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** folgenden Verfahrensvorschlag: Es könne eine Einwohnerversammlung einberufen werden und zusätzlich werde das Gutachten an die Werbegemeinschaften versandt.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte sich damit einverstanden, die Informationsveranstaltung durch eine Einwohnerversammlung zu ersetzen.

Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Beteiligung der Öffentlichkeit durch Planaushang von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung wird um eine Einwohnerversammlung ergänzt. Zusätzlich wird das Gutachten den Werbegemeinschaften zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Beschluss:

- 1. Der im Ausschuss vorgestellte Planentwurf wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Einwohnerversammlung und eines anschließenden Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.**

3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9. 43. Änderung des Flächennutzungsplanes
hier: Berichtigung des Flächennutzungsplanes gem. § 13 a Abs. 2 BauGB
im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 106 St. Rochus
-

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. Bebauungsplan Nr. 67 - Fidelisstraße-Süd - 4. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
-

Beschluss:

1. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 – Fidelisstraße-Süd - wird angeordnet.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

11. Bebauungsplan Nr. 111 - Kirchenweg II -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
-

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.6 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 111 – Kirchenweg II - wird beschlossen.
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 111 – Kirchenweg II - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

12. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 24.03.2011 betr. Besetzung der Ausschüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg
-

Beschluss:

Folgende Änderung in der Besetzung des Ausschusses für Kultur und internationale Begegnungen wird beschlossen:

Frau Michaela Stumvoll wird als neue persönliche Vertreterin für Herrn Stadtverordneten Wolfgang Bien gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 25.04.2011 betr. Nutzung von leer stehenden Geschäftsräumen zur Ausstellung von Kunstwerken
-

Schriffthführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Walther** erklärte, mit diesem Antrag wolle man erreichen, den Leerstand positiv zu nutzen. Die Verkaufsräume sollten hierzu kostenlos für die Ausstellung von Kunstwerken zur Verfügung gestellt werden. Hierzu müssten natürlich zunächst Gespräche mit den Geschäftseigentümern geführt werden. In anderen Städten werde dies bereits erfolgreich umgesetzt.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, diese Angelegenheit sei bereits damals schon einmal ausgiebig diskutiert worden und zwar mit ganz unterschiedlichen Meinungen hierzu. Er empfehle daher, auf die entsprechenden Niederschriften

hierzu zu verweisen, da eine Prüfung bereits stattgefunden habe. Außerdem halte er es für wichtiger, Hinweise in den Schaufenstern der leer stehenden Geschäfte, dass diese zu vermieten seien, hervorzuheben. Solche Hinweise dürften durch den Vorschlag der CDU-Fraktion nicht zurücktreten, sondern im Gegenteil, sie müssten hierdurch noch mehr in den Fokus gerückt werden.

Stadtverordneter **Walther** entgegnete, dass sich die damaligen Meinungen vielleicht geändert haben könnten. Deswegen halte er eine erneute Prüfung für wichtig. Den Vorschlag des Stadtverordneten Weißborn, bei einer solchen Nutzung der Geschäftsräume Hinweise auf die Vermietung der Räumlichkeiten hervorzuheben, finde er gut.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er wolle richtigstellen, dass er nicht grundsätzlich gegen die von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Prüfung sei, sondern nur darauf hinweisen wolle, dass dies bereits schon einmal erfolgt sei und er dies deswegen nicht für notwendig halte. Trotzdem werde er dem Antrag zustimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, leer stehende Verkaufsräume (Einzelhandelsläden) für die Ausstellung von Kunstwerken zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.04.2011 betr. Einrichtung eines Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Walther** erklärte, die Stadt verleihe seit vielen Jahren die Ehrennadel anlässlich des Bürgerempfangs. Diese Auszeichnung werde innerhalb der Bürgerschaft als große Ehre empfunden. Deswegen wolle man einen vergleichbaren Preis für Künstler vorschlagen.

Der Vorschlag, alle zwei Jahre das Auswahlgremium auszuwechseln, diene dazu, immer neue Ideen aufnehmen zu können. Der Vorschlag für das erste Auswahlgremium umfasse einen Vertreter der schaffenden Kunst, einen Vertreter der Musik und den Vorsitzenden des entsprechenden Fachausschusses.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion stimme dem Antrag der CDU-Fraktion zu. Allerdings mit der Änderung, dass für die Stadt keine Kosten für den Preis entstehen. Dieser könne durch Sponsoring finanziert werden. Außerdem schlage er vor, die Angelegenheit unabhängig von der heutigen Ent-

scheidung in den Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen zu verweisen, um dort die Regularien im Detail zu besprechen.

Stadtverordnete **Appelrath** wies darauf hin, dass, wenn hier wieder von Sponsoring gesprochen werde, man bedenken müsse, dass auch die Firmen nicht über unendlich viel Geld verfügen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion werde dem Antrag zustimmen, wenn dies für die Stadt kostenneutral umgesetzt werde. Sie schlage vor, im Fachausschuss darüber zu beraten, ob man die Verleihung des Preises nicht auch im Rahmen des Bürgerempfangs vornehmen solle.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er werde als Bürgermeister aus seinen privaten Mitteln den ersten Preis stiften. Somit entstehen für die Stadt hier keine Kosten.

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg richtet einen Kulturpreis ein. Der Kulturpreis wird jährlich einem verdienten Künstler unserer Stadt verliehen. Die Auswahl des jeweiligen Künstlers erfolgt durch ein Auswahlgremium, dessen Mitglieder alle zwei Jahre wechseln und durch den Rat bestimmt werden.

Als Mitglieder eines ersten Auswahlgremiums werden die Vorsitzende des Künstler-Forum e. V., Frau Marlies Seeliger-Crumbiegel, der Vorsitzende der Freunde der Kammermusik e. V., Herr Hanns-Paul Jouck und der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und internationale Begegnungen, Herr Oliver Walther, bestimmt.

Weitergehende Detailfragen werden im Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen besprochen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 27.04.2011 betr. Einrichtung "Artist-in-Residence" im Schloss Zweibrücken

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Walther** erklärte, der Vorschlag sei mit der Einrichtung des Mainzer Stadtschreibers vergleichbar, hier jedoch auf die schaffende Kunst übertragen. Nach dem ihm vorliegenden Informationen gebe es für eine solche Einrichtung auch Fördermittel. Den Kriterienkatalog könne man im Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen aufstellen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, bei Fördermitteln entstehen in der Regel

auch immer Kosten für die Stadt. Er beantrage, den Tagesordnungspunkt an den Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen zu verweisen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird an den Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Dezernent **Matzen** teilte mit, dass es in Bezug auf die Klangbrücke Probleme bei der Materiallieferung für die Radabweiser gegeben habe. Jetzt habe er aber vom Auftragnehmer die Zusage erhalten, dass am kommenden Dienstag mit der Montage begonnen werden könne. Somit könne die Brücke voraussichtlich zum Ende des Monats freigegeben werden. Leider gebe es neue Probleme mit den Seilverspannungen im oberen Teil der Masten.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass am 20.06.2011 um 19 Uhr im CMC eine Sonderratssitzung zum Thema Ergebnisse der Repräsentativbefragung zur Lebensqualität im Kreis Heinsberg mit einer anschließenden Einwohnerfragestunde stattfinden werde. Man wolle hiermit auch allen Einwohnern die Möglichkeit geben, sich über die Ergebnisse der Befragung zu informieren und anschließend Fragen stellen zu können.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte weiterhin mit, dass am 4. und 5. Juni 2011 die ÜP-Familientage in der Freizeitanlage Wurmtal stattfinden werden. Diese Veranstaltung sei durch ein vollständiges Sponsoring möglich geworden.

18. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner wurden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

Anfragen

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, man habe in der Ratssitzung vom

01.07.2010 unter TOP 6 beschlossen, dass in jeder Ratssitzung der Stand der Kassenkredite mitgeteilt werde. Bisher sei eine solche Mitteilung noch nicht erfolgt.

Kämmerer **Beeck** teilte mit, die Höhe der derzeitigen Kassenkredite betrage 3,5 Mio. Euro.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, man werde zukünftig daran denken, diese Mitteilung in jeder Ratssitzung vorzunehmen.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** kritisierte, dass für die Planung der ÜP-Familientage nicht der Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Soziales als Fachausschuss beteiligt worden sei.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dies werde man zukünftig beachten.

[nachträglicher Hinweis der Verwaltung: die ÜP-Familientage wurden auch im Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen vorgestellt]

Bürgermeister Jungnitsch schloss die öffentliche Sitzung um 20.05 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20.43 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin